



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes, Prof. Dr Ingo Hahn, Ulrich Singer, Franz Bergmüller** und **Fraktion (AfD)**

Bauernproteste in Holland ernst nehmen: Jetzt gegensteuern und die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass die derzeit diskutierten Flächenstilllegungen von 4 Prozent vonseiten der EU vorerst ausgesetzt werden.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass überzogene Umweltschutzanforderungen, wie sie z. B. in der vom Bundesrat beschlossenen Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausweisung von mit Nitrat belasteten und eutrophierten Gebieten (AVV Gebietsausweisung – AVV GeA) zur Ausweisung der sogenannten Roten Gebiete zum Ausdruck kommen, ausgesetzt werden.

Begründung:

Die massiven Bauernproteste in den Niederlanden zeigen, dass überzogene Umweltanforderungen von den Landwirten nicht länger hingenommen werden. Zwar sind die landwirtschaftlichen Strukturen in Bayern gänzlich anders, dennoch muss intensiv darauf geachtet werden, dass weitere unnötige Härten in der derzeitigen Wirtschaftskrise vermieden werden. Der Einbruch der Betriebsgewinne in den letzten Jahren, insbesondere bei Schweine- und Geflügelhaltern, ist diesbezüglich ein ernsthafter Warnschuss. Die Priorität angesichts der Ukraine-Krise muss ganz klar auf die Erhaltung unserer regionalen Lebensmittelversorgung in Bayern gelegt werden.

Mehr denn je gilt es, die Stimme der Landwirtschaft ernst zu nehmen und ein Ausgreifen der niederländischen Bauernproteste auf Bayern zu verhindern. Ein Runder Tisch mit weiteren Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftlichkeit bayerischer Betriebe kann hierfür ein erster Schritt sein. Auch wenn Bayern bislang mehr tut als andere Bundesländer, um die Landwirtschaft finanziell zu unterstützen, muss zukünftig stärker darauf geachtet werden, eine weitere Verschärfung von Umweltauflagen zu verhindern. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe seit dem Jahr 2010 bis 2020 um 13,6 Prozent (-13 300 Betriebe) verringert. Laut dem kürzlich vorgestellten Agrarbericht haben seither weitere 2 300 Betriebe aufgegeben.

Denn es liegt weder im öffentlichen Interesse Bayerns, Steuermittel zur Bewältigung realitätsferner Umweltauflagen bereitzustellen, noch im Interesse der Landwirtschaft, in einer akuten Krisenlage die Daumenschrauben weiter anzuziehen. Auch wenn unsere Situation eine andere ist als in unseren Nachbarländern, so könnten weitere Schritte in die falsche Richtung ein ähnliches Lagebild wie in den Niederlanden schaffen und das vielleicht schon früher, als man es für denkbar gehalten hätte. Damit die Landwirte Vorbereitungen zur Anbauplanung für die Ernte 2023 treffen können, müssen die Bauern jetzt Klarheit über die politischen Rahmenbedingungen haben.